



Allgemeine Geschäftsbedingungen JuDoCon UG (haftungsbeschränkt)

(1) Geltungsbereich

- 1.1 Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für alle Verträge, Lieferungen und sonstigen Leistungen der JuDoCon UG (haftungsbeschränkt) (nachfolgend "Dienstleister" genannt) gegenüber ihren Vertragspartnern (nachfolgend "Auftraggeber" genannt), soweit nicht ausdrücklich abweichende Vereinbarungen getroffen wurden.
- 1.2 Entgegenstehende oder von diesen AGB abweichende Bedingungen des Auftraggebers werden nicht anerkannt, es sei denn, der Dienstleister hat ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt
- 1.3 Soweit einzelvertragliche Regelungen bestehen, welche von den Bestimmungen dieser AGB abweichen oder ihnen widersprechen, gehen die einzelvertraglichen Regelungen vor.
- 1.4 Diese AGB gelten auch für alle zukünftigen Geschäfte zwischen den Vertragsparteien, selbst wenn nicht nochmals ausdrücklich auf sie Bezug genommen wird.

(2) Vertragsgegenstand

- 2.1 Gegenstand des Vertrages ist die Erbringung von Beratungsdienstleistungen im Bereich Unternehmens- und Vertriebsentwicklung, sowie Personal Coaching entsprechend der individualvertraglichen Vereinbarung zwischen den Parteien.
- 2.2 Der Dienstleister handelt als unabhängiger Auftragnehmer. Ein Arbeitsverhältnis wird ausdrücklich nicht begründet. Der Dienstleister ist berechtigt, auch für andere Auftraggeber tätig zu werden.
- 2.3 Der Dienstleister übernimmt keine Verantwortung für die Einhaltung sozialversicherungs- oder steuerrechtlicher Verpflichtungen des Auftraggebers.



(3) Zustandekommen des Vertrages

- 3.1 Ein Vertrag kommt durch das Angebot des Dienstleisters und die schriftliche Annahme durch den Auftraggeber zustande. Der Dienstleister bestätigt die vertragliche Vereinbarung durch eine Auftragsbestätigung.
- 3.2 Der Leistungsumfang und alle wesentlichen Vertragsbedingungen werden im schriftlichen Auftrag festgehalten. Ergänzungen und Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.



(4) Vertragsdauer und Kündigung

- 4.1 Der Vertrag beginnt und endet zu den im Vertrag vereinbarten Terminen.
- 4.2 Der Vertrag kann mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende ordentlich gekündigt werden. Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- 4.3 Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn eine Partei wesentliche Vertragspflichten verletzt oder insolvent wird.



(5) Leistungsumfang, Pflichten der Vertragspartner

- 5.1 Der Dienstleister verpflichtet sich, die vereinbarten Leistungen fachgerecht, termin- und qualitätsgerecht zu erbringen.
- 5.2 Der Auftraggeber stellt dem Dienstleister alle für die Leistungserbringung erforderlichen Informationen, Unterlagen und Zugänge rechtzeitig und vollständig zur Verfügung. Der Auftraggeber ermöglicht dem Dienstleister den Zugang zu seinen Mitarbeitern und relevanten Ressourcen, soweit dies für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrags erforderlich ist.
- 5.3 Verzögerungen oder Mehraufwände, die durch unzureichende Mitwirkung des Auftraggebers entstehen, gehen zu dessen Lasten.
- 5.4 Der Dienstleister wird den Auftraggeber in periodischen Abständen über das Ergebnis seiner Tätigkeit in Kenntnis setzen. Die Vertragspartner können im Vertrag einen



Zeitplan für die Leistungserbringung und einen geplanten Endtermin für die Beendigung von Dienstleistungen vereinbaren.

5.5 Ist dem Dienstleister die vertraglich geschuldete Erbringung eines Auftrags tatsächlich nicht möglich, so hat er den Auftraggeber unverzüglich darüber in Kenntnis zu setzen.

5.6 Jeder der Vertragspartner kann beim anderen Vertragspartner in schriftlicher Form Änderungen des vereinbarten Leistungsumfangs beantragen. Nach Erhalt eines Änderungsantrags wird der Empfänger prüfen, ob und zu welchen Bedingungen die Änderung durchführbar ist und dem Antragsteller die Zustimmung bzw. Ablehnung unverzüglich schriftlich mitteilen und gegebenenfalls begründen. Erfordert ein Änderungsantrag des Auftraggebers eine umfangreiche Überprüfung, kann der Überprüfungsaufwand hierfür vom Dienstleister bei vorheriger Ankündigung berechnet werden, sofern der Auftraggeber dennoch auf der Überprüfung des Änderungsantrages besteht. Ggf. werden die für eine Überprüfung und/oder eine Änderung erforderlichen vertraglichen Anpassungen der vereinbarten Bedingungen und Leistungen in einer Änderungsvereinbarung schriftlich festgelegt und kommen entsprechend diesen allgemeinen Geschäftsbedingungen zustande.



(6) Preise und Zahlungsbedingungen

6.1 Dienstleistungen werden zu dem im individuellen Vertrag aufgeführten Festpreis nach Beendigung oder bei Vereinbarung der Vergütung auf Zeit- und Materialbasis monatlich fällig und berechnet, soweit nicht im Vertrag eine andere Rechnungsstellung vereinbart ist.

6.2 Angegebene Schätzpreise für Dienstleistungen auf Zeit- und Materialbasis, insbesondere in Kostenvoranschlägen sind unverbindlich. Die einer Schätzung zugrundeliegenden Mengenschätzungen beruhen auf einer nach bestem Wissen durchgeführten Bewertung des Leistungsumfangs.

6.3 Die Umsatzsteuer wird mit dem zur Zeit der Leistung geltenden Umsatzsteuersatz in Rechnung gestellt.

6.4 Rechnungen sind innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsdatum ohne Abzug zahlbar. Bei Zahlungsverzug ist der Dienstleister berechtigt, Verzugszinsen in Höhe von 9 % über dem Basiszinssatz zu berechnen.



(7) Haftung

7.1 Der Dienstleister haftet für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit uneingeschränkt. Bei leichter Fahrlässigkeit haftet der Dienstleister nur für Schäden aus der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, begrenzt auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden.

7.2 Die Haftung für mittelbare Schäden und Folgeschäden ist ausgeschlossen, soweit gesetzlich zulässig.

7.3 Die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt.



(8) Vertraulichkeit und Datenschutz

8.1 Beide Parteien verpflichten sich, alle im Rahmen des Vertrages erlangten vertraulichen Informationen geheim zu halten und nicht an Dritte weiterzugeben.

8.2 Der Dienstleister verarbeitet personenbezogene Daten des Auftraggebers unter Beachtung der geltenden Datenschutzgesetze. Nähere Informationen sind in der Datenschutzerklärung des Dienstleisters geregelt.



(9) Schlussbestimmungen

9.1 Es gilt ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

9.2 Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist der Sitz des Dienstleisters, sofern der Auftraggeber Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

9.3 Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung tritt eine gesetzlich zulässige Regelung, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.

Karlsruhe, 01. Januar 2025